LEITARTIKEL

Optimismus allein reicht nicht

Entscheidend für die Zukunft der SPD wird die Sozialreformdebatte der Koalition

DANIELA VATES
ksta-politik@
kstamedien.de

Ziemlich viele Zs hat die SPD-Spitze versammelt: Zusammen, Zuversicht und Zukunft – dieser Dreiklang soll den Sozialdemokraten Mut machen im Dauertief ihrer Partei. Sie können es brauchen.

Wenn der Trend der vergangenen Jahre sich ähnlich fortsetzt, wird es nicht mehr lange dauern, bis die älteste Partei Deutschlands, die vier Bundeskanzler gestellt hat, zur Unbedeutsamkeit zerkrümelt. Nach rund 160 Jahren wäre das eine eigene Art der Zeitenwende. Ratlosigkeit und Frust sind in der Partei wahrzunehmen, aber, da haben die Parteichefs Bärbel Bas und Lars Klingbeil recht: Damit kommt man auch nicht weiter, es löst sich so weder Partei- noch Wirtschaftskrise.

Die SPD-Spitze hat nun Schwerpunkte festgelegt. Die selbstbewusste Außenpolitik ist dabei kein Alleinstellungsmerkmal, von der Union ist ähnliches zu hören. Nach den heftigen Debatten über die Ukrainepolitik hat sich Vizekanzler Klingbeil allerdings nochmal abgesichert: Die Unterstützung des von Russland angegriffenen Landes – auch militärisch – ist durch einen weiteren Parteibeschluss gedeckt.

> **Die SPD rückt eines ihrer zentralen Motive in den Vordergrund: den Kampf für Gerechtigkeit**

Interessant ist, wie die SPD-Spitze versucht zu verhindern, dass die Debatte um die geplanten Sozialreformen aus dem Ruder läuft. Die Erfahrung mit der Agenda 2010 soll sich nicht wiederholen: Die Reformen im Sozialbereich von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), unter anderem bei Arbeitslosengeld und Kündigungsschutz, brachten zwar nach Ansicht von Experten die Wirtschaft in Schwung. Für die Partei allerdings waren sie ein Schlag, von dem sie sich bis heute nicht erholt hat. Es profitierte die Linkspartei, mit dem früheren SPD-Chef und Schröder-Konkurrenten Oskar Lafontaine.

Der soziale Ausgleich habe damals gefehlt, analysiert die Parteiführung. Nun plant die Koalition Reformen von Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung an, deren Finanzierung wegen der alternden Bevölkerung immer mehr in Schieflage gerät.

Dass manche Vorschläge der Union, wie die Einschränkung des Rechts auf Teilzeit, dabei unüberlegt und überspitzt formuliert sind, kommt der SPD entgegen. Sie kann vor einer „Abrissbirne“ warnen und gleichzeitig sicher sein, dass sie den Kampf gegen diese Forderungen gewinnen dürfte – weil sie selbst in der Union keine Mehrheiten finden.

Statt weiter abzuwarten, positioniert sich die SPD in der Debatte nun mit konkreten Vorschlägen. Das Motto ist: Wer mehr hat, soll mehr zahlen zur Finanzierung des Gemeinwesens – von Verkehrsinfrastruktur bis Sozialversicherungen. Auf Kapitalerträge und Mieteinnahmen will die SPD daher Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung erheben. Wer viele Millionen oder Milliarden erbt, soll mehr Erbschaftssteuer, Topverdiener mehr Einkommenssteuer zahlen.

Die SPD rückt so eines ihrer zentralen Motive in den Vordergrund, bei dem sie laut Umfragen so massiv an Glaubwürdigkeit verloren hat: den Kampf für Gerechtigkeit. Richtig daran ist, sich mal aus der Deckung zu trauen. Wie gerecht die Vorschläge tatsächlich sind, wie realistisch der Protest von Union und Wirtschaft, die dadurch den Standort Deutschland und die Konjunktur gefährdet sehen, lässt sich noch nicht absehen. Dafür sind die Vorschläge zu unscharf.

Vom Verlauf der Reformdebatte in diesem Jahr wird es maßgeblich abhängen, ob es der SPD gelingt, ihre Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen. Auf die Parteichefs, die gleichzeitig die Koalition zusammenzuhalten und die SPD in Schwung bringen müssen, kommt da noch weit mehr zu als Grundsatzreden.

Sie glaube an ein besseres Morgen, sagt Bas. Klingbeil fordert Zuversicht. Entschlossenheit und Optimismus kann motivieren. Ausreichend ist es nicht.

KOMMENTAR

Trumps Fristen-Verschleiß

Der US-Präsident bleibt unzuverlässig – EU gefordert

FELIX HUESMANN
ksta-politik@
kstamedien.de

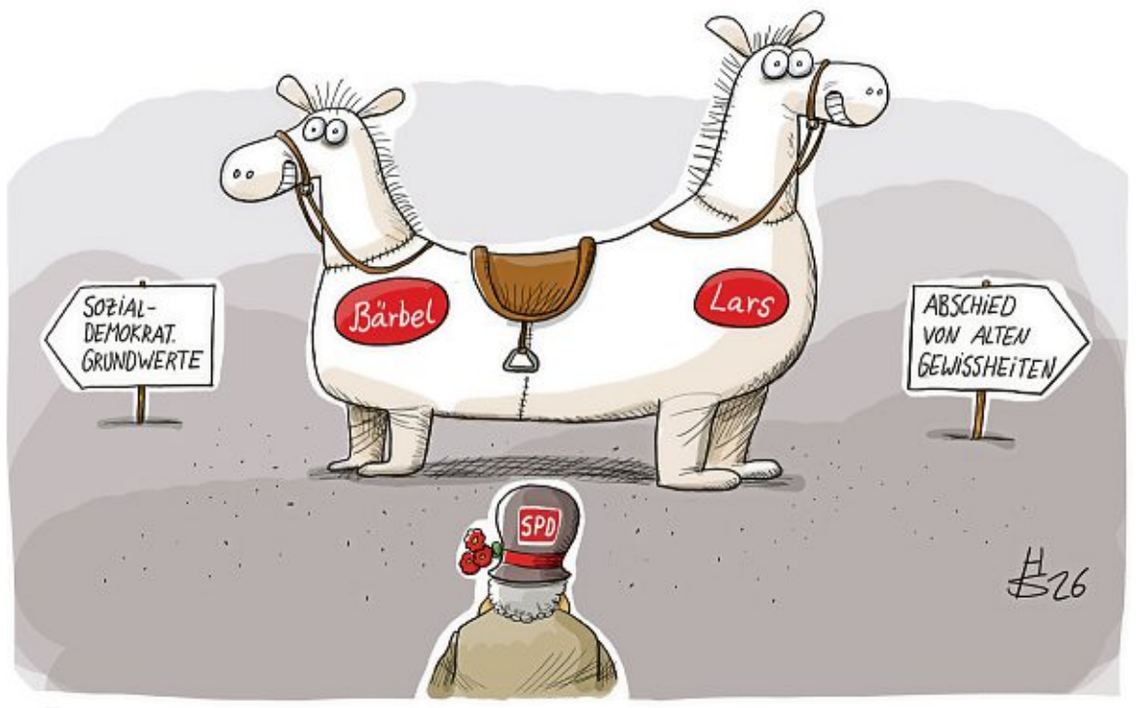
Und schon wieder gibt es eine neue Frist: Die US-Regierung will laut Aussagen des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, dass sich Russland und die Ukraine bis Juni auf ein Kriegsende einigen. Das wäre ja mal was – das Ende des fürchterlichen Grauens rückte zumindest in Aussicht. Doch wie viel lässt sich darauf geben, was US-Präsident Donald Trump will?

Zur Erinnerung: Vor seiner zweiten Amtseinführung erklärte Trump mehrfach, er könne den Krieg in der Ukraine binnen 24 Stunden beenden. Später war dann von 100 Tagen die Rede. Es folgte massiver Druck auf die Ukraine, dann wieder Druck auf Russland. Mal sah es so aus, als stellten die USA ihre Unterstützung für das angegriffene Land vollständig ein, dann sendete Trump doch wieder Signale, die in Kiew für etwas Hoffnung sorgten. Diesem Präsidenten ist nicht zu trauen. Das gilt für viele Bereiche der Weltpolitik, ganz besonders aber für dessen Rolle bei der Beendigung des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine.

> **Der Druck der EU auf Russland und dessen Verbündete muss intensiviert werden**

Wenn sich Vertreter Russlands und der Ukraine nun in den USA zu Gesprächen treffen, ist das zwar ein gutes Zeichen. Doch das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Kreml kein Interesse an Frieden hat. Diese Tatsache beweist er mit jedem Angriff auf zivile Ziele in der Ukraine auf ein Neues. Erst am Wochenende bombardierte Russland wieder die ukrainische Energieinfrastruktur.

Was der Ukraine helfen würde? Echter Druck der USA. Da auf Trump kein Verlass ist, bleibt Europa gefragt. Die Unterstützung der Ukraine darf nicht schwinden. Und der Druck der EU auf Russland und dessen Verbündete darf auf keinen Fall nachlassen, er muss eher noch intensiviert werden. Denn ein Diktatfrieden, der die Ukraine zur Selbstaufgabe zwingt, kann weder bis Juni noch danach eine Option sein.



Aufgesessen und los geht's! Heiko Sakurai

GASTBEITRAG

Trump-Alarm für die Demokratie

Die Agenda des US-Präsidenten zeigt eine Zukunft auf, in die uns Populisten hierzulande ebenfalls bewegen könnten – Was ist dagegen zu unternehmen?

PETER NIESEN
ist Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Politische Theorie an der Universität Hamburg.
Im Jahr 2023 erschien im Nomos-Verlag der von ihm herausgegebene Band „Zur Diagnose demokratischer Regression“

So bizarr und zunehmend verstörend die Zustände in den USA unter Donald Trump sind – wir sollten sie nicht vorschnell auf die westeuropäischen Gesellschaften übertragen, zumal es hier noch erhebliche Gegenwehr gegen „amerikanische Verhältnisse“ gibt, wie auch große Interessenkonflikte, etwa in der Wirtschaftspolitik oder bei der Regulierung der Kommunikationstechnologien. Andererseits stimmt es schon: Trump zeigt uns gerade eine mögliche Zukunft auf, in die uns die Populisten hierzulande ebenfalls bewegen könnten – mit der Missachtung demokratischer Ergebnisse, rechtsstaatlicher Verfahren und individueller Ansprüche auf nicht-konforme Lebensstile. Insgesamt ist es also kein Alarmismus, die demokratische Regierungsform für so bedroht zu halten wie lange nicht mehr.

Krise der Mehrheitsdemokratie

Tatsächlich gibt es Kritiker, die die zunehmende Unbeweglichkeit westlicher Verfassungsstaaten für regressive Tendenzen verantwortlich machen. Sie sehen die Gründe für den Aufstieg von Populismus-Unternehmern à la Trump vor allem in der Einhegung mehrheitsdemokratischer Entscheidungen durch oberste Gerichte und konstatieren das „Zurückschlagen“ breiter Mehrheiten gegen einen „Wildwuchs“ an individuellen Rechtsansprüchen und gegen die Zumutungen gesellschaftlicher Toleranz.

> **Der Spielraum für mehrheitsdemokratisches Umsteuern ist heute insgesamt enger als im vorigen Jahrhundert**

Richtig daran ist, dass der Spielraum für mehrheitsdemokratisches Umsteuern insbesondere in der Wirtschaftspolitik heute insgesamt enger ist als im vorigen Jahrhundert. Die richterliche Kontrolle von Gesetzgebung und Regierungshandeln festigt die bestehenden Verhältnisse zusätzlich - auf nationaler wie auf EU-Ebene.

Aber auch dort, wo das nicht der Fall ist, wie etwa in der gegenwärtigen Debatte um eine Reform der Erbschaftsteuer, finden systemverändernde Ideen keine Mehrheit und werden aussortiert, bevor eine verfassungsrechtliche Diskussion überhaupt beginnen kann. Gleichzeitig sehen wir in Ländern wie Ungarn, Polen und den USA aber auch, dass sich massive autoritäre Richtungsentscheidungen von obersten Gerichten nicht zuverlässig aufhalten lassen.

Ich denke, dass die Verfassungsgerichtsbarkeit weder eine Ursache für den Erfolg autoritärplebiszitärer Bewegungen noch ein bleibendes Bollwerk gegen sie ist, sondern mittelfristig neutral gegenüber dem Aufstieg autoritärer Parteien und populistischer Führer.

Wir sollten uns aber insgesamt gegen den Versuch wehren, den Rückbau individueller Rechte, die Ausschaltung rechtsstaatlicher Mechanismen und die Beschädigung demokratischer Verfahren voneinander zu trennen oder sie gar gegeneinander aufzurechnen. Es ist ja kein Zufall, dass Donald Trumps Agenda sich gleichzeitig gegen die Integrität von Wahlen und die Neutralität des Beamtenstabs richtet, Gerichtsurteile ignoriert und die Entrechtung der Schwächsten vorantreibt.

Sinn der Brandmauer

In der Politikwissenschaft gibt es kaum jemanden, der die „Brandmauer“ gegen die AfD für eine großartige Idee hält. Sie trägt dazu bei, dass sich die demokratischen Parteien kaum noch trennscharf voneinander absetzen können, weil sie aufgrund der Stimmenzuwächse der AfD zu Koalitionen mit mehreren Partnern gezwungen sein werden. Es gibt auch kaum jemanden in der Politikwissenschaft, der die Frage nach der Brandmauer unabhängig sieht von der Frage, ob sie der AfD letztlich nützt oder schadet.

Dennoch: Auch weit unterhalb von Koalitionen ist die Zusammenarbeit mit gefestigten Rechtsextremen – und von denen gibt es eine Menge in der AfD – ein Bruch mit einem verbreiteten Verständnis, von dem sich demokratische Politikerinnen und Politiker in der Praxis kaum trennen werden: dass Demokratie sich nicht rückschrittlich – wieder hin zu Nationalismus, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit – entwickeln soll. Neue Fehler kann man machen, und kein System versichert uns dagegen, Fehler zu machen. Aber niemand kann uns dazu zwingen, alte Fehler zu wiederholen.

Debatte über Parteiverbot

Die Abwehr autoritärer Strömungen sollte aus meiner Sicht unterhalb der Instrumente des Parteiverbots ansetzen. Ich bin nicht der Ansicht, dass die laufenden Prüfverfahren unsinnig sind, dass ein AfD-Verbotsverfahren aus Angst vor einem unsicheren Ausgang nicht betrieben werden

> **Die Abwehr autoritärer Strömungen sollte aus meiner Sicht unterhalb der Instrumente des Parteiverbots ansetzen**

sollte oder dass ein Verbot angesichts der breiten Unterstützung für die AfD nicht mehr zuverlässig von Justiz und Polizei umgesetzt werden würde.

Wir sollten aber akzeptieren, dass Wählerinnen und Wähler ihren disruptiven Protest oder den Wunsch nach radikaler Veränderung in der Wahlkabine ausdrücken. Das Wahlvolk seinerseits muss akzeptieren, dass demokratische Institutionen einen Umsturz der Verfassungsordnung verhindern oder zumindest nicht öffentlich fördern wollen.

Daher scheint mir die finanzielle Gleichbehandlung von Parteien widersinnig, die der Verfassungsschutz gerichtsfest als extremistische Verdachtsfälle observiert. Gleiches gilt für die steuerfinanzierte Beschäftigung von Kadern aus dem rechtsextremen Milieu als wissenschaftliche Mitarbeiter im Bundestag oder für die Kandidaturen von Politikern, die wegen ihrer Verwendung von NS-Parolen vorbestraft sind.

Solange die öffentliche Diskussion vom Parteiverbot beherrscht wird, scheinen die Energien gebremst, andere politische und rechtsstaatliche Strategien zu verfolgen.

Demokratie in der Krise – Welche Demokratie?

Professor Peter Niesen spricht in einem Vortrag in Köln über tatsächliche und vermeintliche Bedrohungen der Demokratie sowie über ihre Verteidigung.
Dienstag, 10. Februar, 19 Uhr in der Karl-Rahner-Akademie, Jabachstraße 4-8, 50676 Köln. Eintritt 14 Euro (ermäßigt 7 Euro).
Anmeldung Telefon 0221 801078-0 oder online:
www.karl-rahner-akademie.de

PRESSESCHAU

Olympia mit Feier voller Glanz und Glamour eröffnet

CORRIERE DELLA SERA

MAILAND Eine prächtige Eröffnungsfeier mit zwei olympischen Feuern und vier Pisten, wie bei den großen Shows von einst. Die Olympischen Spiele 2024 in Paris hatten den großen Mut, die gesamte Lichterstadt einschließlich der Seine als unvergleichliche Kulisse zu wählen. Auch hier gab es keine Angst davor, Großstädte und Alpengebiete, Sport und Geschichte, Pop und Tradition miteinander zu verbinden.

de Volkskrant

AMSTERDAM Das Mailänder San-Siro-Stadion war am Freitagabend zwar nicht komplett ausverkauft, doch mit 67.000 Zuschauern auf über 70.000 Plätzen zog die Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele dennoch zahlreiche Besucher an. Unter den wachsamen Augen zahlreicher Würdenträger, darunter US-Vizepräsident JD Vance und König Willem-Alexander, wurden die Spiele mit einem Abend voller Tanz, Musik und Feuerwerk eröffnet.

Aftenposten

OSLO Als das Publikum erkannte, wer es war, brach Jubel aus. Der amerikanische Popstar Mariah Carey sang sich in die Herzen des San Siro, jenes gewaltigen Fußballstadions, dessen Tribünen steil in den Boden abfallen. Für die Amerikaner auf den VIP-Rängen sah es deutlich schlimmer aus. Diesmal wurde das olympische Chaos nicht von autokratischen Präsidenten aus Russland und China oder Scheichs von der Arabischen Halbinsel verursacht. Es war US-Vizepräsident J.D. Vance, der vor der Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele für Schlagzeilen und Empörung sorgte.

THE TIMES

LONDON JD Vance wird ausgebuht, die Spiele starten feurig. Im Mittelpunkt standen Glanz und Glamour im San Siro mit Auftritten von Mariah Carey und Andrea Bocelli – doch die politischen Auseinandersetzungen ließen sich nicht ausblenden, auch das israelische Team wurde ausgebuht.

Neue Kronen Zeitung

WIEN Diese historische Eröffnungsfeier – die erste in der Geschichte der Olympischen Winterspiele, die gleichzeitig an mehreren Orten stattfand – war wunderschön und ein voller Erfolg.

KÖLNER STADT-ANZEIGER MEDIEN
Ein DuMont Unternehmen

KÖLNER STADT-ANZEIGER

Herausgeber: Prof. Alfred Neven DuMont †, Christian DuMont Schütte, Isabella Neven DuMont.
Chefredakteur: Gerald Selch.
Stellvertretende Chefredakteure: Dr. Sarah Brasack, Christian Hümmeler, Peter Seiffert.
Leitende Redakteure: Wolfgang Wagner (Politik), Gerhard Voogt (Landespolitik).
Chefkorrespondent: Joachim Frank.
Region: Michael Greuel.
Politik/Nachrichten: Wolfgang Wagner, Julian Preuten; **Köln:** Kendra Stenzel; **Wirtschaft/Arbeit/Leben:** Hendrik Geisler, Maria Dohmen; **Sport:** Christian Löer; **Kultur:** Anne Burgmer; **Chefreporter:** Tim Attenberger (Köln), Thorsten Breitkopf (Wirtschaft), Lena Heising, Matthias Hendorf (Köln), Claudia Lehnen, Detlef Schmalenberg, Lars Werner (Sport).
Chef vom Dienst: Nicolas Krizsak.
Produktionssteuerung: Florian Summerer.
Alle verantwortlich und wohnhaft in Köln.

Hauptstadtbüro: Eva Quadbeck (Ltg.); RND Berlin GmbH.
Auslandsvertretungen: Paris: Birgit Holzer; London: Susanne Ebner; Washington: Karl Doemens; Brüssel: Sven Christian Schulz; Madrid: Martin Dahms; Athen: Gerd Höhler; Rio de Janeiro: Tobias Käufer.

Nachrichtenagenturen: dpa, afp, sid, kna

E-Mail Redaktion: ksta-redaktion@kstamedien.de

Fax Redaktion: 0221 / 224 2524.

Verlag: M. DuMont Schauberg – Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & Co. KG – ein Unternehmen der Kölner Stadt-Anzeiger Medien, Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln.
Postbank Köln, IBAN: DE90 3701 0050 0000 2505 05.
Geschäftsführung: Regine Runte, Christian Hümmeler.
Das Bezugsgeld enthält 7 % Mehrwertsteuer. Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Zeitung.

Gültig: Anzeigenpreisliste Nr. 28 vom 1. Januar 2026 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen. Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr.

Druck: Mittelrhein-Verlag GmbH, Mittelrheinstr. 2-4, 56072 Koblenz
Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet.

Abonnenten-Service
Tel. 0221 / 92586420, Fax 0221 / 224-23 32
E-Mail: abo-kundenservice@tageszeitung.koeln

Anzeigen-Service
Verantwortlich: Oliver Siegert.
Tel. 0221 / 92586410, Fax 02 21 / 224-24 91
E-Mail: anzeigen@tageszeitung.koeln

Diese Zeitung wird unter Verwendung von Google-Fonts hergestellt

Kölner Stadt-Anzeiger online: www.ksta.de